

BLICK- BRENN- STAND-} PUNKTE

**7 Punkte zur
Remigration**

**Die
Deindustrialisierung
Deutschlands**

**Ukrainekrieg –
Unsere Position**

**Die
180-Grad-Wende**



Marc Bernhard
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erreichtes. Geplantes. Perspektiven.



Inhalt

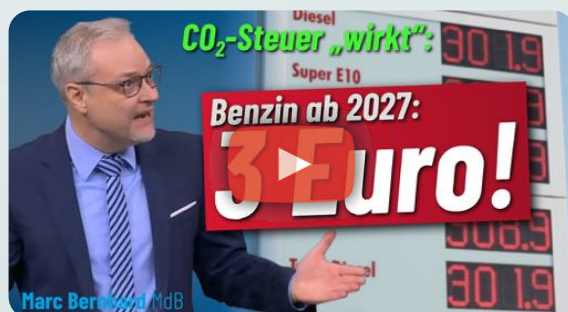
- 3 Vorwort
- 4 **Die Deindustrialisierung Deutschlands**
- 6 Neujahrsempfang der Landesgruppe Baden-Württemberg
- 7 Landesparteitag Baden-Württemberg
- 8 Pressekonferenzen der AfD-Fraktion
- 9 EU-Heizungsirrsinn
- 10 **Die 180-Grad-Wende**
- 12 Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg
- 13 Sie fahren nach Berlin
- 14 **7 Punkte zur Remigration**
- 16 Vor Ort – beim Bürger
- 17 Auswahl meiner wichtigsten Anträge im Deutschen Bundestag
- 18 **Ukrainekrieg – Unsere Position**
- 19 Wer zuletzt lacht...

Meine Reden im Bundestag



Alle meine Bundestagsreden in Youtube anschauen

<https://www.youtube.com/@Marc-Bernhard>



Vor Wort

Liebe Freunde,
in ihrem absurden „Kampf gegen rechts“
schwurbeln einige besonders gratismutige
„Musterdemokraten“ und Regierungssprachrohre:

*„Wenn die AfD an die Regierung kommt,
dann geht es abwärts mit unserem Land.“*

So tönt die Regierungspropaganda landauf, landab.
Aber sind wir etwa daran schuld, dass wir die höch-
sten Energiepreise der Welt zahlen, dass es keine be-
zahlbaren Wohnungen mehr gibt, dass wir die
höchste Steuer- und Abgabenlast haben, die nied-
rigsten Renten in Europa und trotzdem am längsten
Arbeiten müssen?

Sind wir daran schuld, dass Unternehmen und Ar-
beitsplätze Deutschland massenhaft verlassen? Ha-
ben wir, die AfD, millionenfach Illegale, teilweise
Schwerstkriminelle, Vergewaltiger, Messermörder
und radikale Islamisten ins Land gelassen?

Sind wir, die AfD, der
Grund dafür, dass sich
unsere Frauen bei Nacht
nicht mehr alleine in die
Innenstädte trauen?

Nein natürlich sind wir nicht schuld daran, sondern
wir werden diesen ganzen Wahnsinn stoppen!

Immer mehr Bürger erkennen, dass die Ampel-Koa-
lition unser Land vollends in den Ruin treibt. Unsere
hartnäckige Oppositionsarbeit der letzten elf Jahre
findet dabei immer mehr Anerkennung in der Bevöl-
kerung und ganz besonders auch zunehmend bei
jüngeren Wählerschichten.

Unsere Umfragewerte sind stabil, egal wieviel Hass
und Hetze von Faeser, Haldenwang und den
Claqueuren der Hofberichterstatter versprüht wer-
den. Und nicht nur im Osten wird immer deutlicher,
dass die Zeit des Altparteienkartells abgelaufen ist.
Die 180-Grade-Wende wird kommen!

Um Deutschland wieder aus der Krise zu führen,
braucht es starke und umfassende Maßnahmen,
welche wir in Regierungsverantwortung unverzüg-
lich umsetzen werden.

Unser „10-Punkte-Programm für eine AfD-geführte
Bundesregierung“ macht ohne „Wenn“ und „Aber“
Schluss mit dem linksgrünen Irrsinn!

Wir werden die verheerende Migrationspolitik so-
fort beenden, die Energiewende rückgängig ma-
chen, die Deindustrialisierung Deutschlands stop-
pen und Deutschland wieder sicher und das Leben
für unsere Bürger wieder bezahlbar machen. Es
geht, wenn man nur will!

Gemeinsam werden wir Habeck, Scholz und Baer-
bock dahin schicken, wo sie hingehören, nämlich
zum Arbeitsamt! Und wir werden Deutschland wie-
der dazu machen, was es einmal war: zu einem star-
ken Wirtschaftsstandort und einer freien, lebens-
werten Heimat.

Es grüßt Sie herzlich



Ihr Marc Bernhard



Die

Deindustrialisierung Deutschlands

Zehntausende von Arbeitsplätzen stehen bereits heute auf der Kippe. Wenn wir nicht umgehend gegensteuern, werden Millionen von Menschen ihr Einkommen verlieren und unser Land in eine nie gekannte Armut stürzen

BASF will in Ludwigshafen noch mehr Stellen abbauen

Bayer streicht zahlreiche Stellen in Deutschland

Continental streicht weitere 1750 Stellen

Stand: 18.02.2024 09:19 Uhr

Der nun verkündete Stellenabbau kommt zusätzlich zu 5400 Jobs, die in der Verwaltung wegfallen. Wie schon Bosch und ZF spart auch Continental nun bei Forschung und Entwicklung

Aus von ZF-Standort in Deutschland beschlossen: Das droht jetzt den Mitarbeitern

Roman Tyborini
16.02.2024 - 10:57 Uhr

27.02.2024, 07:31 Uhr

SAP plant massiven Umbau: Rund 8.000 Stellen betroffen

Bosch plant weiteren Stellenabbau - insgesamt über 3.000 Stellen betroffen

Stand: 24.1.2024, 20:25 Uhr

24.01.2024, 10:33 Uhr

3.500 Jobs fallen weg

Michelin schließt Reifenwerke in Deutschland

**Produktion wandert nach Polen
Miele will 700 Stellen in Gütersloh streichen**

Stand: 28.11.2023 13:47 Uhr

06.02.2024, 18:47 Uhr

Volkswagen stimmt Belegschaft auf Stellenabbau ein

Weltmarktführer Stahl könnte in die Schweiz gehen - Deutschland zu teuer

Stand: 27.11.2023 20:35 Uhr

Liebherr-Biberach schickt 1000 Mitarbeiter für neun Monate in Kurzarbeit

Chemiebranche

Evonik baut in Deutschland Stellen ab

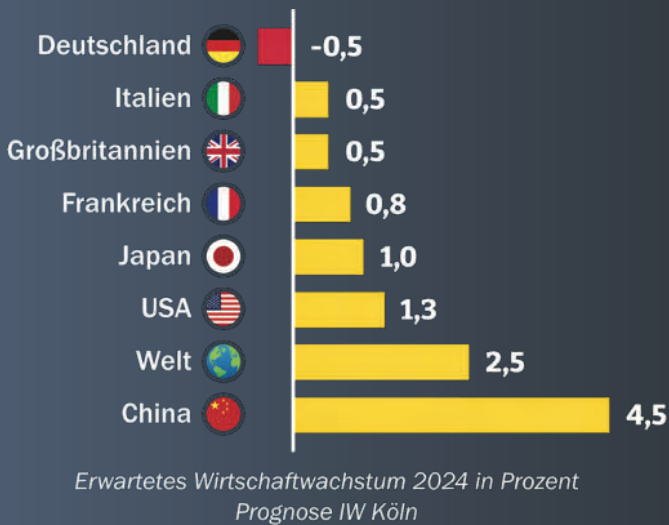
Stand: 04.03.2024 11:01 Uhr

Robert Habeck sollte Recht behalten: Viele Unternehmen sind trotz der Ampel nicht insolvent gegangen, sondern hören jetzt einfach nur auf zu arbeiten. Und zwar in Deutschland. Woanders arbeiten sie munter weiter – ohne staatliche Gängelung und Abzocke, denn fast überall auf der Welt sind Energiekosten und Steuern deutlich niedriger als bei uns.

Die Liste der Firmen, die künftig einen Teil oder sogar ihre gesamte Produktion ins Ausland verlagern oder gerade in Kurzarbeit sind, wird immer länger: Bosch, Diehl Controls, ZF, Varta, Continental, SAP, Liebherr, Stihl, Michelin, Kärcher, Miele, VW, Bayer, BASF und Duravit sind nur einige prominente Beispiele. Hinzu kommen tausende von Mittelständlern, und Handwerksbetrieben, die jedoch nur schwerlich ins Ausland abwandern können und daher ihren Betrieb hier einfach schließen.

Schlechte Prognosen für Deutschland

Wie schlecht es um unseren Wirtschaftsstandort tatsächlich steht, zeigt die Prognose des Wirtschaftswachstums für das aktuelle Jahr 2024.



Ablenkungsmanöver der Regierung

Wie sieht die Reaktion der Ampel auf die selbstverschuldete Lage aus? Aufmärsche „gegen rechts“, Diskussionen um ein AfD-Verbot und übelste Kriegsrhetorik. Doch auch andere lenken vom systematischen Versagen der Amtierenden und ihrem linksgrünen Hofstaat mit absurden Ausreden ab.

So stellt etwa der Präsident des DIW, Marcel Fratzscher, die abenteuerliche Behauptung auf, eine AfD-

Regierung würde die Wirtschaft schwächen:

„Die AfD steuert Deutschland in eine Massenarbeitslosigkeit.“¹

Politik der Selbstzerstörung

In Wahrheit hat bereits Angela Merkel ein wirtschaftliches Trümmerfeld hinterlassen mit ihrem Ausstieg aus der Kernkraft, der Einführung von CO₂-Steuern und ihrer EU-Hörigkeit. Den Sargnagel schlagen seither die Rot-Gelb-Grünen in Deutschland ein.

Der Heizungshammer, also das Öl- und Gasheizungsverbot, ein Verbrennerverbot, höhere Agrardieselbesteuerung, höhere CO₂-Steuer und nicht zu vergessen ihre „ganz große Sache“: Die Rettung der Welt vor einem angeblich menschengemachten Klimawandel. Dafür opfern die bunten Ampelmännchen*innen unsere komplette Wirtschaft samt ihren Kernbereichen, wie etwa unserer Automobilbranche.

Vetternwirtschaftsministerium

Wer angesichts der Kompetenz eines Märchenbuchautors als oberstem Kopf der deutschen Wirtschaft ein „grünes“ Wirtschaftswunder erwartet hat, ist wohl noch nicht aus seinem grünen Dornröschenschlaf erwacht.

Immerhin: Ehrlich ist Habeck bisweilen. So gab er bereits zu, die wirtschaftliche Lage sei „dramatisch schlecht“. Nur die Schlussfolgerungen sind nicht ganz das, was eine Industrienation jetzt bräuchte: Echte Wirtschaftskompetenz statt Vetternwirtschaft.

Der wahre Schuldige ist gefunden

In der Frage um die Verantwortung für die Misere – von Lösungen kann im Zusammenhang mit dieser Regierung sicher nicht die Rede sein – bekommt die Ampel Schützenhilfe von unerwarteter Seite:

Laut dem Trainer des SC Freiburg gehen die hohen Energie- und Lebensmittelpreise, die Inflation, der Wohnungsmangel, die CO₂-Steuer, die Plastiksteuer und wahrscheinlich auch die baldige Schnitzelsteuer allein auf das Konto von „Diktator“ Wladimir Putin.

Wenigstens ist hier einmal nicht die AfD schuld, die noch gar nirgends mitregiert. |

¹ https://www.focus.de/finanzen/mit-der-afd-steuern-wir-in-die-massenarbeitslosigkeit_id_259609806.html

Neujahrsempfang der Landesgruppe Baden-Württemberg

Als Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag lade ich am Anfang jeder Sitzungswoche zur Landesgruppensitzung. Hier werden die anstehenden Themen besprochen und die baden-württembergischen Interessen abgestimmt, um sie dann in der Fraktion und im Deutschen Bundestag zu vertreten.

Unsere Landesgruppe setzt sich aus neun Abgeordneten zusammen und deckt durch die Expertise und das Engagement ihrer Mitglieder die wichtigsten Themen der gegenwärtigen Herausforderungen ab. Gemeinsam vertreten wir die Interessen unserer Wähler und unseres Bundeslandes Baden-Württemberg im Bundestag.

Ebenso dienen wir als Ansprechpartner und Schnittstelle für unsere Fraktion und Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg sowie den inzwischen zahlreichen ehrenamtlich engagierten Kollegen in den Kommunen und Landkreisen.

Auf regelmäßigen Veranstaltungen berichten wir den Menschen vor Ort von unserer Arbeit im Bundestag und unserer Zukunftsvision für unser Land.

Sie können sich darauf verlassen: Wir werden nicht lockerlassen und mit Entschlossenheit und geeinten Kräften für einen Politikwechsel in diesem Land sorgen!



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Landesparteitag Baden-Württemberg

Wahl des neuen Landesvorstands

Viele Millionen Menschen in Deutschland setzen ihre letzte Hoffnung auf uns und eine echte 180-Grad-Wende im Land. Deshalb muss auch Schluss sein mit den innerparteilichen Grabenkämpfen und Lügenkampagnen, Hass und Hetze überlassen wir Nancy Faeser! Das war meine Botschaft am größten Landesparteitag der letzten elf Jahre der AfD Baden-Württemberg in Rottweil.

Lasst uns mit aller Entschlossenheit und vor allem mit Geschlossenheit gemeinsam Habeck, Scholz und Baerbock dahin schicken, wo sie hingehören, **nämlich zum Arbeitsamt!**

Herzlichen Dank für das in uns gesetzte Vertrauen, Ihre überwältigende Unterstützung und Ihre Zustimmung für die Mitglieder des Landesvorstands auf dem zurückliegenden Parteitag.

Und einen ebenso herzlichen Dank allen Mitgliedern und Helfern, der Versammlungsleitung und den Schriftführern sowie der Landesgeschäftsstelle, die die erfolgreiche Durchführung des Landesparteitages ermöglicht haben.



Markus Frohnaier (Landessprecher)
Emil Sänze (Landessprecher)
Martin Hess (Stv. Landessprecher)
Ruben Rupp (Stv. Landessprecher)
Marc Bernhard (Stv. Landessprecher)
Jürgen Koegel (Stv. Landessprecher)
Hans-Peter Hörner (Schatzmeister)
Dr. Rainer Podeswa (Stv. Schatzmeister)
Sandro Scheer (Schriftführer)
Lars Haise (Beisitzer)
Diana Zimmer (Beisitzer)
Alexander Arpaschi (Beisitzer)
Anton Baron (Beisitzer)
Benjamin Götz (Beisitzer)



Pressekonferenzen

+++ +++ der AfD-Fraktion +++ +++

In Sitzungswochen des Deutschen Bundestags stellen wir immer dienstags um 09:00 Uhr aktuelle Anträge und Themen unserer Bundestagsfraktion vor und kündigen parlamentarische Initiativen an

Die Pressekonferenz ist ein wichtiges Mittel, um noch vor der Einbringung eines Antrags und der eigentlichen Rede im Plenarsaal das Thema der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und unsere Lösungsansätze mit den Vertretern der Medien zu diskutieren.

Durch die Trilogie aus vorbereitender, begleitender und nachbereitender Debatte und Berichterstattung erreichen wir die maximale Aufmerksamkeit für unsere Anliegen.

Die Pressekonferenzen werden immer live in unseren sozialen Medien übertragen. So haben Sie auch

die Möglichkeit, den Journalisten auf die Finger zu schauen und ihre nachfolgende Berichterstattung mit dem tatsächlich von uns gesprochenen Wort abzugleichen.

Je zahlreicher Sie meine Kanäle in den sozialen Medien abonnieren und vor allem auch meine Beiträge teilen, desto größer wird unser mediales Gegengewicht. Wir werden täglich mehr!!

Meine Pressekonferenzen

<https://www.youtube.com/@Marc-Bernhard/playlists>



100% Steuererhöhung?!
Abzocke der Pleiteregierung
stoppen!



Nächster Kostenhammer für
Hausbesitzer: EU-Dämmwahn



Zwangszuweisung von „Flüchtlingsen“?
Vetorecht für Städte
und Gemeinden!





Heizungsirrsinn

Eine soziale Atombombe

Ursprünglich hatte die Regierung den Bürgern versprochen, ihre Öl- und Gasheizungen bis 2045 verwenden zu können. Das EU-Parlament hat jedoch am 12.03.2024 beschlossen, fossile Brennstoffe für Heizungen nur noch bis 2039 zu erlauben. Damit sind u.a. Öl- und Gasheizungen nicht ab 2045, sondern schon ab 2040 verboten.

Tatsächlich spricht die neue europäische „Gebäude-richtlinie“ sogar von 2035. Eine Verlängerung der Frist bis 2040 ist nur ausnahmsweise möglich, wenn die nationale Regierung gegenüber der EU nachweist, dass ein Ausstieg bis 2035 unöglich ist. Gegenüber dem Versprechen bis 2045 bedeutet dies eine Kürzung der Nutzungsdauer um zehn Jahre.

(GEG) noch eine Öl- oder Gasheizung eingebaut hat, wird jetzt von der EU bestraft.

Die Laufzeit dieser Heizungen wurde am 12. März vom EU-Parlament um fünf Jahre verkürzt. Damit steigen deren Fixkosten für Mieter wie Eigentümer.



Über 90 Prozent der Haushalte müssen somit in den nächsten 15 Jahren ihre funktionierende Heizung rausreißen. Und das wird teuer. Denn Fernwärme ist keine Alternative, weil sie in der Regel mit fossilen Brennstoffen erzeugt wird. In meinem Wahlkreis kommt die Fernwärme beispielsweise aus einer Raffinerie und einem Kohlekraftwerk. Wasserstoff ist zum Heizen viel zu teuer und Biogas wie Holzschnitzel sind nur eine regionale Nischenlösung.

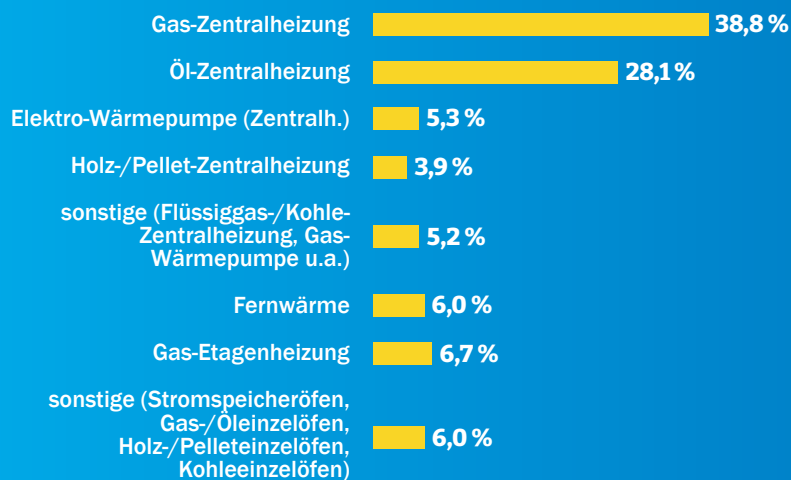
Bleibt also nur die elektrische Wärmepumpe. Die erfordert aber bei Bestandsgebäuden einen hohen Sanierungsaufwand und treibt die Kaltmieten weiter nach oben. Eigentümer von Einfamilienhäusern müssen mit 100 bis 200.000 Euro an Sanierungs- und Umbaukosten rechnen. Für viele bedeutet das die faktische Enteignung, denn wer das Geld dafür nicht aufbringen kann, muss sein Haus, seine Altersvorsorge, verkaufen.

Es fehlt zudem an Wärmepumpen, Handwerkern und Strom. Das kritisiert auch der Bundesrechnungshof und ermahnt die Ampel-Regierung, dass die deutsche Stromversorgung mit Wind und Sonne unsicher und viel zu teuer ist.

Die AfD-Bundestagsfraktion wird sich für den Weiterbetrieb von Öl- und Gasheizungen und den Wiederbetrieb von Kernkraftwerken einsetzen, damit niemand in Deutschland Angst haben muss, im Winter zu frieren oder im Dunkeln zu sitzen. |

Genutzte Heizungssysteme in Deutschland

BDEW-Studie „Wie heizt Deutschland 2023“



Das Verbot von Öl- und Gasheizungen ist eine soziale Atombombe. Die EU befeuert damit – mit Zustimmung der Bundesregierung – die deutsche Wohnungskrise. Über 75 Mio. Menschen sind betroffen, denn in Deutschland heizen heute über 90 Prozent der Haushalte mit fossilen Brennstoffen. Kaltmieten, die jetzt schon bei über 20 Euro pro Quadratmeter angekommen sind – teilweise werden gar 25 bis 28 Euro aufgerufen – werden weiter explodieren.

Wer im letzten Jahr wegen des Heizungsgesetzes

Heizungsirrsinn: EU noch schlimmer als die Ampel!

https://youtu.be/NurwcHp_atI



Die 180-Grad-

Immer mehr Bürger erkennen, dass die Ampel-Koalition unser Land in den Ruin treibt. Wir führen, braucht es starke und umfassende Maßnahmen. Diese werden wir in Regierung

1. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen

- ▶ Niedrigere Energiepreise durch Ausweitung des Angebots, ersatzlose Streichung der CO₂-Abgabe und Senkung der Energiesteuern. Drastischer Bürokratieabbau, z. B. Lieferkettengesetz abschaffen.
- ▶ Drastische Senkung der Staatsausgaben in den Bereichen Migration, Klima- und Entwicklungspolitik. Stattdessen Investition in die Infrastruktur. Schuldenbremse einhalten.
- ▶ Reparatur und Wiederinbetriebnahme Nord-Stream. Reaktivierung aller funktionsfähigen Kernkraftwerke und langfristig Bau von neuen.
- ▶ Energiewende komplett beenden, stattdessen Technologieoffenheit. Abschaffung von Verboten fossiler Technologien und von Subventionen nicht-fossiler Technologien.
- ▶ Verkehrswende beenden. Keine Umerziehung der Bevölkerung, sondern Freiheit der Wahl des Transportmittels. Verbrennungsmotorenverbot auf EU-Ebene rückgängig machen.

2. Mehr Freiheit, weniger Steuern für Bürger und Unternehmen

- ▶ Bürger und Unternehmen entlasten durch Senkung der Strom- und Energiesteuer auf ein Minimum. Streichung von CO₂-Abgabe, Solidaritätszuschlag, Luftverkehr- und Grundsteuer.
- ▶ Erhöhung Entfernungspauschale (Pendlerpauschale) ab dem ersten Kilometer auf 50 Cent.
- ▶ Bargeld als Zahlungsmittel grundgesetzlich verankern.

3. Verheerende Migrationspolitik sofort beenden

- ▶ Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden durch Einführung von Sach- statt Geldleistungen für Flüchtlinge und Migranten.
- ▶ Illegale Zuwanderung durch effektiven Grenzschutz verhindern. Alle illegalen oder straffällig gewordenen Migranten konsequent abschieben.
- ▶ Einbürgerungsrecht in deutschem Interesse etablieren. Einbürgerungen an hohe Hürden binden.

Was ist los mit unserem Land?

Deutschland lässt sich derzeit am besten mit diesen Stichworten beschreiben: **Heizungsverbot, Verbrennerverbot, Genderschwachsinn, Abwanderung der Industrie, höchste Steuern und höchste Energiepreise der Welt, Inflation, illegale Masseneinwanderung, explodierende Ausländerkriminalität, Überwachung, Zensur, Denunzierung und gekaufte Staatsmedien.**

Angesichts dieser verheerenden Zustände hat die AfD ein Sofortprogramm entwickelt, das sie in Regierungsverantwortung sofort umsetzen wird. Wir müssen in jeder Hinsicht zurück zum gesunden Menschenverstand und weg von jeglicher Ideologie, insbesondere der „grünen“.

Stand heute mag es vielleicht vermessen klingen, dass die AfD Regierungsverantwortung bekommen könnte. Doch die Ampel wird ihr Zerstörungswerk bis zum bitteren Ende fortsetzen. Bis dahin werden sich die Schmerzen im Land soweit erhöht haben, dass unsere **180-Grad-Wende** unausweichlich wird.

Das mediale Framing und die „Nazif“-Keule sind bereits heute so dermaßen abgenutzt, dass sie immer weniger verfangen. Von der „richtigen Haltung“ allein füllt sich außerdem kein Kühlschrank.

Darum werden wir – mit jedem Partner, der unsere alternative Politik unterstützt – Deutschland wieder zu dem machen, was es einst war:

Zu einem starken Wirtschaftsstandort und einer freien, lebenswerten Heimat.

Wende

Um Deutschland wieder aus der Krise zu Souveränität zügig umsetzen

4. Unseren Sozialstaat retten

- ▶ Mit „Fordern und Fördern“ alle Erwerbsfähigen in Beschäftigung bringen (aktivierende Grundsicherung statt Bürgergeld) und damit die Sozialkassen stärken.
- ▶ Höhere Nettolöhne durch Senkung der Steuerlast.
- ▶ Sozialleistungsmissbrauch konsequent bekämpfen.
- ▶ Altersarmut durch faire Renten verhindern.

5. Deutschland wieder sicher machen

- ▶ Personal- und Sachausstattung der Bundespolizei optimieren und ihre Befugnisse zur Bewältigung der Migrationskrise erweitern.
- ▶ Messer- und Clankriminalität effektiv bekämpfen: Nichtdeutsche Kriminelle abschieben.
- ▶ Prioritäten der Inneren Sicherheit richtig setzen: Extremismus jeglicher Art, auch Islamismus und Linksextremismus, mit aller Härte bekämpfen.

6. Für deutsche Interessen in einer multipolaren Welt

- ▶ Durchsetzung einer Außenpolitik, die in einer multipolaren Weltordnung deutsche Interessen vertritt und sich für den Frieden engagiert. Unter Einbeziehung der OSZE für einen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzen, der Voraussetzung für eine langfristige Friedensperspektive ist.

7. Eine starke Bundeswehr als Garant einer souveränen Nation

- ▶ Bundeswehr finanziell, materiell und personell besser ausstatten, Ertüchtigung zur Landesverteidigung – als starke Streitkraft eines souveränen Deutschlands in einem wehrhaften Europa.

8. Familien stärken – Erziehungsarbeit belohnen

- ▶ Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern bzw. Großeltern, um echte Wahlfreiheit herzustellen und die Erziehungsarbeit zu honorieren.
- ▶ Einführung eines Familiensplittings, das die Kinderzahl bei der Einkommensteuer berücksichtigt und kinderreiche Familien erheblich entlastet.
- ▶ Zinsfreies Darlehen für Eltern nach der Geburt ihrer Kinder.
- ▶ Zurückdrängung des Einflusses der Gender-Ideologie, Verbot von Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige.

9. Gesundheitliche Eigenverantwortung stärken

- ▶ Garantie der körperlichen Unversehrtheit, daher keine Pflichtimpfungen.
- ▶ Angemessene Entschädigung und Versorgung aller Impfpflichter.
- ▶ Förderung der Forschung zu Impfschäden, dazu auch die Pharmaindustrie in die Pflicht nehmen.
- ▶ Evaluierung aller Corona-Maßnahmen, juristische Aufarbeitung des geschehenen Unrechts.

10. Bildung ist Zukunft für Deutschland

- ▶ Bildung, Wissenschaft und Forschung von Ideologie befreien, Zensur und Cancel-Culture stoppen und die Erforschung moderner Kernenergie-, Verbrenner- und Kraftstofftechnologien fördern.
- ▶ Duale Ausbildung stärken, indem die Meisterausbildung kostenfrei wird. Berufsschulen erhalten und ausbauen, um Fachkräfte für Wirtschaft, Handwerk und Handel zu gewinnen.
- ▶ Bildungsstand und Bildungsfähigkeit zu einem entscheidenden Kriterium der Einwanderungspolitik machen.
- ▶ Gender-Sprache an Ministerien, Behörden und Institutionen verbieten, Deutsch als Landes- und Bildungssprache im Grundgesetz festschreiben

11. Gemeinsam schaffen wir die Wende

- ▶ Es liegt an jedem Einzelnen von uns, dieses Programm Realität werden lassen. Nur noch AfD!

**Sofortprogramm einer AfD-
geführten Bundesregierung**

<https://afdbundestag.de/10-punkte-fuer-deutschland/>



Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg

Vernetzen - Voneinander lernen - Füreinander eintreten



Gemeinsam an einem Strang ziehen und auf allen Ebenen stärker zusammenarbeiten! Das war und ist unser Antrieb als Verein konservativer Kommunalpolitiker in Baden-Württemberg.

Wir verbinden und bündeln die Ziele und Interessen eines erheblichen Anteils aller ehrenamtlichen Mandatsträger der AfD in den Städten und Kreisen Baden-Württembergs.

Bundesweite Vernetzung

Seit 2019 verstärken wir dabei nicht nur die vertikale Vernetzung, sondern auch die bessere Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene durch Veranstaltungen mit der Bundestags- und Landtagsfraktion sowie dem Austausch mit den in den meisten Bundesländern vertretenen kommunalpolitischen Vereinigungen der AfD und dem Bundesverband.

Hierzu zählt auch „Parba“, die Antrags- und Anfragen-Datenbank zu kommunalpolitischen Vorgängen, die auch in anderen Bundesländern genutzt wird. Vernetzen, voneinander lernen, füreinander eintreten, das ist der VKK-BW.



November 2023: Der neu gewählte Vorstand des VKK

Mit AfD-Landrat Robert Sesselmann im Landtag

Deutschlands erster AfD-Landrat Robert Sesselmann besuchte uns im Herbst zu einer Veranstaltung im Stuttgarter Landtag.

Fragen zur Arbeit als Gemeinde- bzw. Kreisrat? Kontaktieren Sie uns

info@vkk-bw.de



Werde Teil unserer kommunalen Gemeinschaft

<https://vkk-bw.de>



Sie fahren nach Berlin



Besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag!

Ich lade Sie herzlich nach Berlin ein! Mit einem umfangreichen und interessanten Rahmenprogramm bekommen Sie weitere Einblicke in meine Arbeit und erleben den Bundestag und unsere Institutionen ganz direkt mit Informationen aus erster Hand.

Die aktuellen Reisettermine

<https://www.marcbernhard.de/termine/>



Verbringen Sie mit Gleichgesinnten einige schöne und spannende Tage in der Hochburg der deutschen Politik, die einerseits die größte Chance, aber leider auch die größte Gefahr für unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Heimat bedeutet. Denn hier in Berlin herrscht längst ein Kartell der Altparteien.

Ein historischer Exkurs in herausragende Museen und repräsentative Gedenkstätten runden die viertägige Bildungsreise ab.

Die Fahrten werden über mein Wahlkreisbüro in Karlsruhe koordiniert und betreut. Teilnehmer bekommen die Fahrt- und Übernachtungskosten sowie den Großteil der Verpflegungskosten vom Bundespresseamt gestellt. Lediglich das Eintrittsgeld (z.B. für Museen) müssen die Gäste bezahlen.!

Neugierig geworden? Fragen Sie gerne in meinem Wahlkreisbüro nach

marc.bernhard.wk@bundestag.de
0721 / 851 449 48



7 Punkte zur Remigration

Der Bundesvorstand der AfD hat am 29. Januar 2024 in Abstimmung mit dem programmatisch zuständigen Bundesfachausschuss ein Positionspapier zum Thema Remigration verabschiedet.

Seit der Correctiv-Lüge von Potsdam ist das Thema Remigration in aller Munde. Was dabei aber von den Altmedien absichtlich verschwiegen wird:

Die AfD hat an ihrer ursprünglichen Haltung zur Remigration keinerlei programmatische Änderungen vorgenommen, sondern schon immer Grundgesetz-konforme Forderungen gestellt, die exakt der heutigen Rechtslage entsprechen. Das Problem ist lediglich, dass die Altparteien geltendes Recht ignorieren oder es aus politischen Gründen nicht umsetzen wollen.

Doch was bedeutet der Begriff überhaupt? Die AfD definiert „Remigration“ wie folgt:

Remigration umfasst alle Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat.

Aus unserem aktuellen Wahlprogramm lassen sich als Zusammenfassung einer Remigrationspolitik unsere folgenden sieben Forderungen ableiten:

1 Gemäß Bundestagswahlprogramm 2021 werden wir entsprechend den gesetzlichen Regelungen die ca. 250.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abschieben. Während die Bundesregierung von einer „Rückführungsoffensive“ nur redet, werden wir eine solche Offensive im Rahmen einer „Remigrationsagenda“ tatsächlich umsetzen. Geltendes Recht ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit für die AfD.

2 Weiterhin fordern wir in unserem Europawahlprogramm 2024 im Kapitel „Remigration statt Talentabwerbung“, dass ein humanitärer Aufenthalt nur so lange gewährt wird, wie tatsächlich ein Fluchtgrund besteht – da es sich grundsätzlich um ein Recht auf Zeit handelt, das keine Anwartschaft auf dauerhafte Einwanderung begründet. Betroffen hiervon wären insbesondere auch nicht persönlich verfolgte Bürgerkriegsflüchtlinge mit „subsidiärem“ Schutz, sobald in deren Heimat wieder Frieden herrscht.

Meine Meinung zu Migration

„Jeder, der auf legalem Weg zu uns kommt, unsere Kultur und unsere Werte teilt, deutsch lernt, sich integriert, arbeitet, unser Grundgesetz achtet, gemeinsam mit uns leben will und damit seinen Beitrag zum Erfolg unserer Gesellschaft leistet, der ist bei uns willkommen.“

Marc Bernhard



3 In diesem Sinne wollen wir die seit 2015 rechtswidrig unter Verstoß gegen die Zuständigkeitsregeln der Dublin-Verordnung sowie gegen Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz (kein

Asyl bei Einreise aus sicherem Drittstaat) und § 18 Asylgesetz (Pflicht zur Zurückweisung an der Grenze) erfolgte Massenzuwanderung umkehren. Insbesondere unter aus Syrien und Afghanistan stammenden Personen, in deren Herkunftsländern die Kampfhandlungen weitestgehend beendet sind, sehen wir

ntion

Asyl bei Einreise aus sicherem Drittstaat) und § 18 Asylgesetz (Pflicht zur Zurückweisung an der Grenze) erfolgte Massenzuwanderung umkehren. Insbesondere unter aus Syrien und Afghanistan stammenden Personen, in deren Herkunftsländern die Kampfhandlungen weitestgehend beendet sind, sehen wir



daher ein großes „Remigrations“-Potential, das sogar von den Regierungen der jeweiligen Herkunftsländer ausdrücklich eingefordert wird.

4 Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter wollen wir vorrangig zurückführen, entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten. In dieser Hinsicht dient rechtsstaatliche Remigration dem Schutz aller rechtstreu in Deutschland lebenden Menschen. Die Ausweisung bei Gewalt-, Drogen-, und Sexualdelikten, bei Clan-Kriminellen sowie bei organisierter Kriminalität wollen wir erleichtern.

5 Auch der Import ausländischer Konflikte gefährdet zunehmend den inneren Frieden. Wer die Konflikte seiner Heimat unter Bege-

6 Schließlich übersteigt die derzeitige Einwanderung in unser Sozialsystem bei weitem unsere finanziellen Möglichkeiten. Das Recht, sich langfristig in Deutschland aufzuhalten, wollen wir daher verstärkt davon abhängig machen, ob jemand seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst verdient – sofern nicht tatsächliche Schutzgründe seinen Aufenthalt begründen.

7 Eine vorausschauende Politik, wie wir sie machen, lässt Remigration erst gar nicht nötig werden, indem sie mittels heimatnaher Zuflucht, wirksamen Grenzschutzes und dem Abbau der derzeit bestehenden Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberecht für Ausreisepflichtige) illegale Zuwanderung von vornherein unterbindet.

Rechtmäßigkeit ist klar gegeben

- ▶ Diese sieben Forderungen entsprechen der heutigen Rechtslage oder lassen sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen.
- ▶ Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks.
- ▶ Die vielen gut integrierten Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland, welche die Chancen ergriffen haben, die unser Land bietet, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind uns ausdrücklich willkommen – die Politik der AfD vertritt auch ihre Interessen!
- ▶ Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern, unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht, oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund stoßen auf unsere entschiedene Ablehnung.

Positionspapier Remigration vom
29. Januar 2024

<https://www.afd.de/remigration/>



Vor Ort – beim Bürger

Außerhalb der Sitzungswochen bin ich im Ländle sowie bundesweit auf Vorträgen, Stammtischen, Infoständen, Bürgerdialogen und Kundgebungen unterwegs. Bei den Bürgern vor Ort erfahre ich hautnah, wo der Schuh drückt. |

Gerne komme ich auch in Ihren Kreisverband

Kontakt und Infos:
marc.bernhard.wk@bundestag.de – 0721 / 851 449 48



Auswahl meiner wichtigsten Anträge im Deutschen Bundestag

Drucksache 20/9305

Keine weitere Wohnkostenbelastung EU-Gebäuderichtlinie stoppen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/093/2009305.pdf>



Drucksache 20/10728

Erfolgsmodell Einfamilienhaus stärken – Eigentum, Freiheit und Familien massiv fördern

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/107/2010728.pdf>



Drucksache 20/5618

Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005618.pdf>



Drucksache 20/8874 (Mitzeichner)

Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008874.pdf>



Drucksache 20/8742 (Mitzeichner)

Kommunale Wärmeplanung und Dekarbonisierung der Wärmenetze stoppen – Sichere, lückenlose und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008742.pdf>



Drucksache 20/3204

Vom Land der Mieter zum Land der Eigentümer

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003204.pdf>



Drucksache 20/3945

Grüne Inflation und CO₂-Besteuerung beenden – Wohnen wieder bezahlbar machen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003945.pdf>



Drucksache 20/6901

Städte und Gemeinden vor Wohnungsnot schützen – Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen ermöglichen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006901.pdf>



Drucksache 20/6415

Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006415.pdf>



Drucksache 20/35

Energiewende rückgängig machen – Wirtschaft und private Haushalte entlasten

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000035.pdf>



Drucksache 20/36

Heiz- und Stromkostenanstieg stoppen – Staatliche Abgaben auf Energie senken

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000036.pdf>



Drucksache 20/274 (Mitzeichner)

Blackout verhindern – Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000274.pdf>



Drucksache 20/4061 (Mitzeichner)

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Sicherstellung der Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland“

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004061.pdf>



Drucksache 19/22458

Wohlstand und Umweltschutz ermöglichen – Green Deal stoppen!

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922458.pdf>



Ukrainekrieg Unsere Position

Vor über zwei Jahren ist der jahrelange Ukraine-Konflikt in einen offenen Krieg eskaliert. Hunderttausende Opfer sind mittlerweile zu beklagen, ein Ende ist nicht in Sicht, weil der Westen Selenskyj weiterhin unterstützt.

Warum stellt sich die AfD nicht deutlich auf die Seite der Ukraine?

Marc Bernhard: Natürlich ist es klar, dass Putin hier die Ukraine angegriffen hat und dass es ein rechts-widriger Angriffskrieg ist. Das ist völlig unstrittig.

Aber zunächst einmal sind wir vor allem für die Menschen in Deutschland verantwortlich. Wir müssen Politik für die Menschen in unserem Land machen.

Vor Kurzem wurde öffentlich, dass deutsche Generäle darüber diskutierten, wie Raketenangriffe auf die russische Krimbrücke durchgeführt werden könnten. Welche Implikationen hat das?

MB: Aus meiner Sicht verstoßen sie damit gegen Artikel 26 Grundgesetz, nämlich gegen das Verbot eines Angriffskrieges. Eigentlich müsste der Generalbundesanwalt hier tätig werden.

Steckt da die Ampel-Regierung dahinter?

MB: Die Generäle handeln mit Sicherheit nicht einfach mal so, sondern da gab es höchstwahrscheinlich Direktiven aus der Regierung. Sonst kommen die nicht auf die Idee, darüber zu philosophieren, wie man mit deutschen Raketen eine russische Brücke zerstören kann – also einen Krieg anfängt.

Wie könnte eine Lösung zur Beendigung des Kriegs aussehen?

MB: Was wir im Moment dort erleben, ist, dass keine der beiden Seiten diesen Krieg gewinnen kann. Das glaube ich nicht. Zumindest nicht auf absehbare Zeit. Wir erleben einen riesigen Abnutzungskrieg, jeden Tag sterben dort hunderte von Menschen völlig sinnlos.

Und deswegen ist unsere Position ganz klar:

Man muss die beteiligten Leute endlich an den Verhandlungstisch bringen.

Wie realistisch sind Friedensverhandlungen?

MB: Bisher ist es leider so, dass Selenskyj vom Westen davon abgehalten wird, zu verhandeln. Das ist ja nachgewiesen. Wir können jedoch nur über eine Verhandlung zu einem Frieden kommen. Darum geht es, das ist der entscheidende Punkt.

Sehen Sie Waffenlieferungen oder gar NATO-Soldaten als Option zur Unterstützung der Ukraine?

MB: Frieden werden wir nicht durch immer mehr Waffenlieferungen, immer größere Waffen, immer mehr Raketen und so weiter erreichen.

Insbesondere dadurch nicht, dass man, wie Frankreichs Präsident Macron fordert, jetzt auch noch NATO-Truppen in die Ukraine schickt. Also das ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg.

Natürlich sind wir für Unterstützung, humanitäre Unterstützung der Ukraine, meinetwegen auch Unterstützung bei den Verhandlungen, wie auch immer. Aber wir müssen an den Verhandlungstisch. Das muss das Ziel sein und dafür treten wir ein. |

Warum wir gegen Waffenlieferungen in die Ukraine sind

<https://youtu.be/SCZxzUKpMPc>



Nein zur Taurus-Lieferung!

Am 14.03.2024 haben wir mit Nein gestimmt. Wir wollen keine Kriegsbeteiligung Deutschlands, sondern umgehende Friedensverhandlungen.



Wer zuletzt lacht...

Miss Germany 2014
Miss Germany 2024
Miss Germany 2034



Optimist **Pessimist** **Grüner**

Das Glas ist halb voll

Das Glas ist halb leer

Das Glas ist rechts

Die deutschen Radwege in Peru sind jetzt fertig

Was ist eigentlich Physik?

Wenn die Steuern steigen, sinkt das CO2.

Chef: "Sie wissen, daß Alkohol während der Arbeit verboten ist?"

Ich: "Keine Angst, ich arbeite nicht."

Alexa, warne uns, wenn wir abgehört werden!

Papa, Ich ziehe eine Karriere im organisierten Verbrechen in Betracht.

Regierung oder Pharma mein Sohn?

Hallo Hildegard, Karl hier. Könntest du mir noch ein paar schwarze Eddings bringen? Danke

Kam gerade an einem Laden vorbei. Draußen stand ein Schild: "Wir bedienen lieber 10 von den Grünen als einen von der AfD!" Fand ich super. War ein Bestattungsinstitut.

Kletterpark für Grüne



Mädchen sollen sich nicht mehr als Prinzessin verkleiden

Olaf Scholz MEINE ERINNERUNGEN

8 Seiten Vorwort von Ralf Stegner

Mit vielen geschwärzten Abbildungen

Ungekürzte Erstausgabe 12 Seiten

Es gibt viele Wege, eine Volkswirtschaft zu ruinieren.

Ich kenne sie alle!

Queer-Beauftragter Saudi-Arabien

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Windows Nazi Scanner

Sie haben die rechte Maustaste benutzt und wurden damit als Nazi identifiziert

Im Wiederholungsfall erfolgt eine automatische Meldung an das Bundesamt für Verfassungsschutz

Volle Energie für Deutschland

UNSER LAND
ZUERST!



AfD

Deutscher Bundestag

Marc Bernhard
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 72 135
marc.bernhard@bundestag.de

Wahlkreisbüro Karlsruhe

Marc Bernhard
Postfach 31 13 60
76143 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 851 449 48
marc.bernhard.wk@bundestag.de

-  facebook.com/MarcBernhardAfD
-  instagram.com/marc_bernhard
-  youtube.com/@Marc-Bernhard
-  tiktok.com/@marcbernhard
-  x.com/MarcBernhardAfD
-  www.marcbernhard.de
-  t.me/MarcBernhard

